



Ressort: Mixed News

Preise für Lebensmittel und Energie bleiben hoch

Deutschland, 22.08.2026 [ENA]

Seit 2021 steigen die Preise für Lebensmittel, Strom und Gas in Deutschland deutlich an. Obwohl die jährliche Inflationsrate von 5,9 Prozent im Jahr 2023 auf 2,2 Prozent in den Folgejahren sank, liegen die Preise weiterhin deutlich über dem Niveau von vor der Inflationswelle. So kosteten Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke 2025 durchschnittlich 36,2 % mehr als 2020, das allgemeine Preisniveau stieg um 21,9 %.

Die Gründe für den Anstieg sind vielfältig: Höhere Rohstoff- und Energiepreise, Lieferengpässe, gestiegene Transportkosten sowie Nachholeffekte nach der Corona-Pandemie trieben die Preise in die Höhe. Besonders betroffen sind Haushalte mit geringem Einkommen. Viele Verbraucher berichten, dass sie sich beim Einkaufen inzwischen stark einschränken müssen. Laut einer Forsa-Umfrage machen sich 58 Prozent der Befragten große Sorgen wegen steigender Lebenshaltungskosten, 68 Prozent spüren den Preisanstieg besonders bei Lebensmitteln. Etwa 45 Prozent geben an, beim Lebensmitteleinkauf sparen zu müssen, auf Urlaub zu verzichten oder auf teurere Produkte zu verzichten.

Auch in Gesprächen mit Bürgern wurden die Auswirkungen der gestiegenen Kosten auf den Alltag deutlich. Eine Rentnerin berichtete, kaum noch zu wissen, wie sie ihren Enkeln Geschenke zu Geburtstagen oder Weihnachten finanzieren solle. Eine Familie erzählte, dass sie seit etwa drei Jahren jeden Einkauf genau kalkulieren müsse, da sich die Lebensmittelpreise aus ihrer Sicht nahezu verdoppelt hätten.

Die Preisentwicklung bei Lebensmitteln wird durch verschiedene Faktoren beeinflusst. Dazu zählen Kosten für Landwirtschaft, Rohstoffe, Verarbeitung, Verpackung, Energie, Transport und Personal. Im Lebensmitteleinzelhandel dominieren vier große Handelsgruppen: Edeka, Rewe, die Schwarz-Gruppe mit Lidl und Kaufland sowie Aldi. Verbraucherschutzorganisationen und wirtschaftliche Analysen deuten darauf hin, dass ein Teil der Preissteigerungen seit Mitte 2022 nicht allein durch höhere Kosten erklärt werden kann. In einigen Bereichen könnten auch gestiegene Gewinnmargen oder Mitnahmeeffekte eine Rolle gespielt haben. Ein pauschaler Nachweis für überhöhte Preise fehlt jedoch.

Bei Strom und Gas setzen sich die Preise aus Beschaffungskosten, Netzentgelten, Steuern, Abgaben und Umlagen zusammen. Beim Strompreis machten zum 1. April 2024 nach Angaben verschiedener Energieversorger die Summe aus Netzentgelten, Abgaben, Umlagen und Steuern mehr als die Hälfte des Preises für Privathaushalte aus. Einer Analyse zufolge entfielen zu Beginn des Jahres 2024 auf die

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



International Press Service.....

Energiebeschaffung 42,5 %, auf Netzentgelte 28 % und auf Steuern und Abgaben 29,5 %.

Beim Gaspreis lagen die Anteile im gleichen Zeitraum anders. Die staatlich regulierten Kostenbestandteile (Steuern, Umlagen und Abgaben) machten etwa 29 % des Gesamtpreises aus, während die Netzentgelte einen Anteil von etwa 13,6 % hatten. Der verbleibende Anteil entfiel auf Beschaffung und Vertrieb. Eine wesentliche Änderung zum 1. April 2024 war die Rückkehr zum vollen Mehrwertsteuersatz von 19 % für Gas (zuvor 7 %), was den Preis schlagartig um etwa 11 % erhöhte. Auch der CO₂-Preis war mit 0,816 Cent pro Kilowattstunde ein relevanter Kostenfaktor. Beim Strom führte die Streichung eines Bundeszuschusses zu einem Anstieg der Netzentgelte.

Geopolitische Konflikte, Lieferausfälle und internationale Marktentwicklungen beeinflussen die Großhandelspreise zusätzlich, die sich mit zeitlicher Verzögerung auf die Endkundenpreise auswirken können. Für die hohen Lebenshaltungskosten machen viele Bürger die Politik verantwortlich. Laut einer NDR-Umfrage vom Juni 2026 sehen 28 Prozent der Befragten die Ursache in der Politik der Bundesregierung, in Mecklenburg-Vorpommern sogar 39 Prozent. Nur noch 14 Prozent nennen den Ukraine-Krieg als Hauptgrund (2025: 26 Prozent). 83 Prozent halten die bisherigen Entlastungsmaßnahmen wie Tankrabbat oder Stromhilfen für unzureichend. Eine Mehrheit von etwa 51 Prozent fordert die Senkung oder Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel.

Bericht online lesen:

https://lydiaschreiber.en-a.eu/mixed_news/preise_fuer_lebensmittel_und_energie_bleiben_hoch-94294/

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Oliver Klas

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.